

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 60 (1977)
Heft: 1

Inhaltsverzeichnis

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sie lesen in dieser Nummer ...

Freidenker

Monatsschrift der Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Nr. 1 60. Jahrgang

Aarau, Januar 1977

Rg 3349

Die Sorge um den Alltag

Jesus — Gott oder Mensch?

Freidenker zur Wiedergeburt
des Lichtes

Die Parteien und die Kirche

Die Schweizerische Evangelische Zeitschrift für Kultur und Politik «Reformation» hat im Hinblick auf die zustandegekommenen eidgenössische und kantonalzürcherische Volksinitiativen auf Trennung der Kirche vom Staat bei den in unserem Parlament vertretenen politischen Parteien eine Umfrage vorgenommen, wie sie zum Christentum und zu den Kirchen stehen. Die eingegangenen Antworten sind ausserordentlich interessant. Fast alle Parteien bekennen sich zum Christentum, und alle betonen eine mehr oder minder grosse Distanz gegenüber den Kirchen.

Die Freisinnig-demokratische Partei (FDP)

erklärt, dass sie den christlichen Glauben und die christlichen Werte und Traditionen achte, wie andererseits die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu ihren Parteipostulaten zähle. Sie stehe an der Seite der Kirche, wo die christliche Religion einem Druck ausgesetzt sei. Sie sei aber keiner bestimmten Konfession verpflichtet.

Die aus der katholisch-konservativen Partei hervorgegangene **Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)** hat, wie schon ihr Name besagt, ein positives Verhältnis zum Christentum. Sie bezeichnet sich aber auch eben so als Volkspartei, d.h. sie verlangt von ihren Mitgliedern keine bestimmte Konfessionszugehörigkeit. Doch vertritt sie den Anspruch, dass das politische Handeln nach den Massstäben des Christentums zu messen sei. Die CVP als solche hat keine offiziellen Beziehungen zu organisierten Kirchen und

religiösen Gemeinschaften. Da aber viele ihrer Mitglieder den Kirchen und religiösen Gemeinschaften angehören, ergibt sich natürlich eine Vielzahl inoffizieller Kontakte.

Die Schweizerische Volkspartei (SVP), eine im Grunde konservativ eingestellte Formation, welche die Vertretung bäuerlicher und gewerblicher Interessen zu einem ihrer Hauptanliegen gemacht hat, vertritt satzungsgemäss die christlichen Grundsätze in der Politik. Sie bekennt sich zu einer überkonfessionellen christlichen Lebensauffassung, wobei ein christlich gefärbter Humanismus besonders unterstrichen wird. Ungeachtet ihres Konservatismus bezweifelt sie die Zweckmässigkeit gewisser Institutionen und Strukturen, die sich früher bewährt haben, weil sie von der Entwicklung überholt worden sind. Andersdenkende seien zu respektieren, aber für die SVP bildet das Christentum die Richtlinie für die politische Arbeit.

Republikaner und Nationale Aktion

Beide Gruppen der äussersten Rechten betonen ihre Christlichkeit. Die Republikaner erklären, sie stünden fest verwurzelt auf dem Boden des christlichen Glaubens, und ihr «Führer» Schwarzenbach hat sogar seine Sympathien für den reaktionären katholischen Erzbischof Lefèvre und seinen Anhängerkreis in Ecône bekundet. Die Nationale Aktion bekennt sich als eine im Grunde christliche Bewegung, bei der aber eine ausgeprägte Skepsis gegenüber den Landeskirchen vorhanden sei. Die heutige Gesellschaft sei im wesentlichen vom

Christentum geprägt, da sie aber krank sei, erscheinen auch die christlichen Werte und Traditionen fragwürdig.

Die Evangelische Volkspartei (EVP)

bekennst sich, wie schon aus ihrem Namen hervorgeht, zum Christentum. Die Kirchen sind für die EVP, die ohne deren Aktivitäten nicht bestünde, von grundsätzlicher Bedeutung. Unter den politischen Exponenten der EVP gibt es Personen, die daneben kirchliche Funktionen aktiv ausüben. Nach Ansicht der EVP sind die Kirchen überparteiliche Institutionen, die weder Ideologien noch Machtansprüche vertreten (eine doch recht anfechtbare Behauptung! W. G.).

Der Landesring der Unabhängigen (LdU) erklärt das Bekenntnis zum christlichen Glauben als eine Frage der persönlichen Lebensentscheidung, was übrigens für alle religiösen Bekenntnisse gelte. Er vertritt aber die Auffassung, dass christliche Werte seit alters her im Leben unseres Volkes einen festen Platz haben, er anerkennt sie und steht ihnen positiv gegenüber. Doch in den Richtlinien zur Landesringpolitik findet sich nirgends der Ausdruck «christlich». Die für den LdU massgebenden Werte wie Freiheit, Menschenwürde, Solidarität mit den Schwachen seien nicht das Monopol des Christentums. Er lehnt es ab, politische Entscheidungen als christlich zu etikettieren.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) bekennt sich zur Freiheit der Weltanschauung und zur religiösen Toleranz. Der Vorstellung eines christlichen Staates könne auf Grund geschichtlicher Erfahrungen nur mit grosstem Misstrauen begeg-